

Fragen

**für die Fragestunde der 104. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 28. April 2004**

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Bahr, Daniel (Münster) (FDP)	12, 13	Lenke, Ina (FDP)	26, 27
Börnsen, Wolfgang (Bönstrup) (CDU/CSU)	16	Dr. Löttsch, Gesine (fraktionslos)	14, 17
Burgbacher, Ernst (FDP)	18, 19	Michelbach, Hans (CDU/CSU)	8, 9
Connemann, Gitta (CDU/CSU)	11, 20	Nolting, Günther Friedrich (FDP)	1
Gönner, Tanja (CDU/CSU)	2, 3	Pau, Petra (fraktionslos)	24, 25
Hofbauer, Klaus (CDU/CSU)	29, 30	Roedel, Hannelore (CDU/CSU)	7, 28
Kopp, Gudrun (FDP)	4, 10	Rupprecht, Albert (Weiden) (CDU/CSU) ...	31, 32
Koschyk, Hartmut (CDU/CSU)	21, 22	Wimmer, Willy (Neuss) (CDU/CSU)	5, 6
Kretschmer, Michael (CDU/CSU)	15, 23		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	4
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit	9

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

1. Abgeordneter
**Günther Friedrich
Nolting**
(FDP) Teilt die Bundesregierung die Beschlüsse der Landtage (vom 10. April 2003 bzw. 31. März 2004) und die Haltungen der Landesregierungen von Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg bezüglich des Luft-Boden-Schießplatzes in der Kyritz-Ruppiner Heide, und welche Konsequenzen zieht sie daraus für ihre Entscheidung über die Wiederinbetriebnahme des Luft-Boden-Schießplatzes in der Kyritz-Ruppiner Heide?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

2. Abgeordnete
**Tanja
Gönner**
(CDU/CSU) Welche konkreten Maßnahmen wird die Bundesregierung nach der Entscheidung der Europäischen Kommission vom 20. April 2004 in Straßburg in die Wege leiten, um fristgerecht die durch die Umsetzung der Pfandregelung der Bundesrepublik Deutschland nach Auffassung der Europäischen Kommission entstandene Behinderung des Wettbewerbs im Binnenmarkt zu beseitigen und somit eine Klage beim Europäischen Gerichtshof zu vermeiden?
3. Abgeordnete
**Tanja
Gönner**
(CDU/CSU) Wie stellt sich die Bundesregierung zu der Aussage der Europäischen Kommission (Mitteilung der Kommission SG (2004) D/50740), dass die Höhe des Pfandes zwar in der geltenden Verpackungsverordnung bereits enthalten ist, der in der Novelle der Verpackungsverordnung erstmals auf alle Einwegverpackungen ausgedehnte Anwendungsbereich aber eine Neubewertung der Regelungen nötig macht, und wie will sie darauf reagieren?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

- | | |
|---|--|
| 4. Abgeordnete
Gudrun
Kopp
(FDP) | Welches Gesamtkonzept liegt der derzeit laufenden Reform der Ressortforschung in den verschiedenen Bundesministerien zugrunde?*) |
|---|--|

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

- | | |
|--|---|
| 5. Abgeordneter
Willy
Wimmer
(Neuss)
(CDU/CSU) | Ist der Bundesregierung bekannt, dass in Afghanistan jährlich Milliarden Euro-Erlöse aus dem Abbau von Edelsteinen erwirtschaftet werden und dabei nach dem Urteil von Beobachtern Größenordnungen von bis zu 43 Mrd. Euro pro Jahr in Betracht kommen? |
| 6. Abgeordneter
Willy
Wimmer
(Neuss)
(CDU/CSU) | Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Verwicklung von afghanischen Regierungsmitgliedern oder innerafghanischen Schlüsselpersonen in den Drogenanbau innerhalb des Staates Afghanistan und in den internationalen Drogenhandel? |

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

- | | |
|--|--|
| 7. Abgeordnete
Hannelore
Roedel
(CDU/CSU) | Wie bewertet die Bundesregierung, nachdem die Anhörung des Europäischen Parlaments zur EU-Richtlinie zur Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Frauen und Männern beim Zugang zu und bei der Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen abgeschlossen ist und zur Entscheidung im Ministerrat ansteht, diese Richtlinie? |
|--|--|

*) Siehe hierzu auch Frage 10.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

8. Abgeordneter
Hans Michelbach
(CDU/CSU) Soll der Kapitalertrag aus dem Verkauf eines Teils der Goldreserven der Bundesbank für ein Bildungsprogramm der Bundesregierung genutzt werden, und wenn ja, welche konkreten Erlöse sollen gegebenenfalls über eine Stiftung der Bundesregierung zur Verfügung gestellt werden?
9. Abgeordneter
Hans Michelbach
(CDU/CSU) Sollen weiteren Bereichen aus den Goldreserven der Bundesbank Finanzmittel zufließen, und wenn ja, welchen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums
für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft**

10. Abgeordnete
Gudrun Kopp
(FDP) Hat die Bundesregierung eine Kosten-Nutzen-Analyse erstellt über die möglichen Zusammenschlüsse von Ressortforschungs-Einrichtungen im Bereich Lebensmittel?*)
11. Abgeordnete
Gitta Connemann
(CDU/CSU) Hat sich die Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, Renate Künast, wie durch ihren Referenten für Fischerei bei der diesjährigen Jahreshauptversammlung der Küstenfischer in Neuharlingersiel für den Fall angekündigt, dass der Streit der ostfriesischen Krabbenfischer mit der niederländischen Kartellbehörde nicht binnen eines Monats gelöst sein würde (vergleiche Berichterstattung in der Ostfriesen-Zeitung vom 9. März 2004), mit einem Schreiben an das für Landwirtschaft, ländliche Entwicklung und Fischerei zuständige Mitglied der Europäischen Kommission, Franz Fischler, gewandt, und welche weiteren Maßnahmen zur Unterstützung der Küstenfischer wird die Bundesministerin gegebenenfalls darüber hinaus ergreifen?

*) Siehe hierzu auch Frage 4.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung

12. Abgeordneter
Daniel Bahr
(Münster)
(FDP)
- Wie bewertet die Bundesregierung die im Vergleich zum Vorjahr laut Kinderärzten um 30 Prozent gesunkene Zahl der Masern-Impfungen bei Kindern (vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 5. April 2004)?
13. Abgeordneter
Daniel Bahr
(Münster)
(FDP)
- Welchen Zusammenhang sieht die Bundesregierung zwischen dem Rückgang der Impfungen und der Einführung der Praxisgebühr im Rahmen der Gesundheitsreform, und soweit es sich um einen Trend handelt, was gedenkt die Bundesregierung dagegen zu unternehmen?
14. Abgeordnete
Dr. Gesine Lötzs
(fraktionslos)
- Trifft es zu, dass im ersten Quartal über 200 000 Patienten ihre Praxisgebühren nicht bezahlt haben, und die Kassenärztlichen Vereinigungen sich weigern, Mahnverfahren einzuleiten (vgl. Süddeutsche Zeitung vom 20. April 2004)?
15. Abgeordneter
Michael Kretschmer
(CDU/CSU)
- Ist aus Sicht der Bundesregierung der Abschluss eines zwischenstaatlichen Abkommens mit Polen und der Tschechischen Republik möglich, durch welches polnischen und tschechischen Staatsbürgern mit dem Verbleib in der Krankenversicherung ihrer Heimatländer ermöglicht wird, das Kriterium für ausreichenden Krankenversicherungsschutz bei ständiger Wohnsitznahme in den grenznahen Regionen Deutschlands zu erfüllen, wenn sie in Polen oder Tschechien einer Beschäftigung nachgehen?*)

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

16. Abgeordneter
Wolfgang Börnsen
(Bönstrup)
(CDU/CSU)
- Mit welchen finanziellen und terminbezogenen Konsequenzen muss bei den Straßenbauprojekten in Schleswig-Holstein im Realisierungsfall gerechnet werden, die bisher noch mit einem so genannten Ökostern ausgestattet worden sind?

*) Siehe hierzu auch Frage 23.

- | | |
|--|--|
| 17. Abgeordnete
Dr. Gesine
Löttsch
(fraktionslos) | Wie bewertet die Bundesregierung den Bericht des „Gesprächskreises Ost“ und welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der kritischen Analyse der Lage in den neuen Ländern (SPIEGEL ONLINE vom 3. April 2004)? |
| 18. Abgeordneter
Ernst
Burgbacher
(FDP) | Kann die Bundesregierung eine Rundfunkmeldung des „Südwestrundfunks“ vom 17. April 2004 bestätigen, demzufolge die Bauarbeiten am Katzenbergtunnel auf der Bahnstrecke Karlsruhe–Basel seit 15. April 2004 wegen der Finanzknappheit des Bundes eingestellt worden seien? |
| 19. Abgeordneter
Ernst
Burgbacher
(FDP) | Wenn ja, wann soll über die Zukunft des Projekts Katzenbergtunnel und dessen Weiterbau entschieden werden? |
| 20. Abgeordnete
Gitta
Connemann
(CDU/CSU) | Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass die vom Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen geplante Erhebung einer Vignette für die Benutzung von Bundeswasserstraßen dem Tourismus schadet (vergleiche Berichterstattung in der Ostfriesen-Zeitung vom 15. April 2004), und wie begründet sie ihre Haltung? |

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

- | | |
|---|---|
| 21. Abgeordneter
Hartmut
Koschyk
(CDU/CSU) | Trifft es zu, dass beim Bund am 30. Juni 2002 insgesamt 10 323 Beschäftigte in einem Ausbildungsverhältnis standen (3 791 Beamte, 2 832 Angestellte, 3 700 Arbeiter), und dass dies bezogen auf den zur gleichen Zeit vorhandenen Personalbestand des Bundes in Höhe von 490 280 Beschäftigten (315 235 Beamte, Richter und Soldaten, 98 361 Angestellte, 76 684 Arbeiter) eine Ausbildungsquote von 2,1 Prozent insgesamt bzw. von 3,7 Prozent im Bereich der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten ergibt? |
| 22. Abgeordneter
Hartmut
Koschyk
(CDU/CSU) | Welche Kosten wären auf Basis der u. a. beim Statistischen Bundesamt, der Bundesagentur für Arbeit und deren Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung vorhandenen Zahlen für das Jahr 2002 auf |

den Bund als Arbeitgeber zugekommen, wenn der von den Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Bundestagsdrucksache 15/2820 eingebrachte Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung und Förderung des Fachkräftenachwuchses und der Berufsausbildungschancen der jungen Generation (Berufsausbildungssicherungsgesetz – BerASichG) bereits Rechtskraft gehabt hätte, und welche Belastungen ergäben sich zusätzlich, wenn nicht nur die sozialversicherungspflichtigen, sondern alle Beschäftigten des Bundes in diese Rechnung einbezogen würden?

23. Abgeordneter
**Michael
Kretschmer**
(CDU/CSU)

Welche rechtlichen Rahmenbedingungen beschränken derzeit in den Grenzgebieten die dauerhafte Wohnsitznahme polnischer oder tschechischer Staatsbürger, und welche Prüfung für Ausnahmeregelungen hat die Bundesregierung veranlasst?*)

24. Abgeordnete
**Petra
Pau**
(fraktionslos)

Seit wann besteht – einschließlich eines entsprechenden information boards – die „Koordinierungsgruppe internationaler Terrorismus“, in der Bundes- und Landesbehörden, Polizei und Nachrichtendienste regelmäßig zusammenarbeiten (vgl. den Aufsatz von Manfred Kink, Bekämpfung des internationalen Terrorismus im Zusammenhang mit den Anschlägen am 11. September 2001 in den USA, Die Kriminalpolizei, September 2002), und welche Ergebnisse konnte sie bisher erzielen?

25. Abgeordnete
**Petra
Pau**
(fraktionslos)

Wie viele antisemitische Straftaten wurden im ersten Quartal 2004 in der Bundesrepublik Deutschland begangen, und wie viele Opfer dieser Straftaten gab es?

26. Abgeordnete
**Ina
Lenke**
(FDP)

Wie bewertet die Bundesregierung die Aussage des Bundesministers des Innern, Otto Schily, die Einführung eines Allgemeinen Pflichtjahres schaffe ein Abwehrbewusstsein der deutschen Bevölkerung gegen den internationalen Terrorismus (vgl. Süddeutsche Zeitung vom 19. März 2004)?

*) Siehe hierzu auch Frage 15.

- | | |
|--|---|
| 27. Abgeordnete
Ina
Lenke
(FDP) | Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass ein solcher allgemeiner Pflichtdienst mit dem Grundgesetz vereinbar ist? |
|--|---|

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft
und Arbeit**

- | | |
|---|---|
| 28. Abgeordnete
Hannelore
Roedel
(CDU/CSU) | Wie viele Jobs im Niedriglohnbereich zwischen 401 bis 800 Euro sind nach Kenntnis der Bundesregierung neu entstanden? |
| 29. Abgeordneter
Klaus
Hofbauer
(CDU/CSU) | Wird sich die Investitionsförderung mittelständischer Unternehmen (auch ausländischer Investoren) in der Tschechischen Republik nach dem Beitritt des Landes zur Europäischen Union in Inhalt und Umfang vergrößern, und wenn ja, erwartet die Bundesregierung dadurch eine Zunahme der Verlagerungsinvestitionen aus der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere aus den Grenzregionen, in das Beitrittsland? |
| 30. Abgeordneter
Klaus
Hofbauer
(CDU/CSU) | Welche Maßnahmen unternimmt die Bundesregierung, um Kooperationen deutscher Unternehmen mit Unternehmen aus den Beitrittsländern nach der EU-Osterweiterung zu fördern? |
| 31. Abgeordneter
Albert
Rupprecht
(Weiden)
(CDU/CSU) | Hält die Bundesregierung trotz der ablehnenden Haltung von Bundeskanzler Gerhard Schröder gegenüber dem Vorschlag einer „Sonderwirtschaftszone Ost“ an ihren Plänen für ein Gesetz zur Förderung von Innovationsregionen (oder Modellregionen) fest? |
| 32. Abgeordneter
Albert
Rupprecht
(Weiden)
(CDU/CSU) | Plant die Bundesregierung, wie vom Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Dr. Manfred Stolpe, befürwortet, auch „arbeitsmarktrelevante Instrumente“ in das vorgesehene Gesetz zur Förderung von Innovationsregionen (oder Modellregionen) aufzunehmen (DIE WELT vom 15. April 2004), und wenn ja, welche arbeitsrechtlichen Bereiche sollen hiervon berührt werden? |

